Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 23. Mai 2008
Ausgabe 097

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **3**
Meldungen **6**
› OB Ude kondoliert zum Tod von Willi Poneder 6
› Einführung des Parkraummanagements in der Maxvorstadt und Isarvorstadt geht in die letzte Runde 6
› Publikation „St.-Jakobs-Platz – Nachbarn bauen Brücken" 7
› Ausstellung „Geschichte der Münchner Ludwigsbrücke" 8
› Kranzniederlegung im Friedhof Bogenhausen 9
› Fotorätsel-Kampagne der Münchner Volkshochschule 10
› Vernissage und Ausstellung in der Stadtbibliothek Moosach 11
› Stadtbibliothek Allach-Untermenzing: Szenische Lesung mit Texten 11
› Führung durch die Ausstellung „Dimitri Soulas – Augenblicke" 12
› Konzert im Musikinstrumentenmuseum 12
› Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche 12
Baustellen aktuell **14**
Antworten auf Stadtratsanfragen **16**
› „Gender mainstreaming" als Zielvorgabe der Münchner Stadtpolitik? 16
› Welche Haftbedingungen herrschen an Münchner Gefängnissen? 21
› Katharina von Bora statt Hans Meiser – eine Straßen-Umbenennung als Schildbürgerstreich? 22
› Klarheit über die politisch motivierte Kriminalität in München – wer sind die wirklichen Polit-Kriminellen? 24
› Lohnrückforderungen – auch in München? 28

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

› Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise auf den Unternehmensstandort München 30
› Liegezeiten auf Münchner Friedhöfen 32
› Münchner Patienten in der Hand von Kapitalgesellschaften? 34
› Wie gesund leben Münchner Kinder? 36
› Wie leben Münchner Schüler mit dem G 8? 39
› Illegale Billiglohn-Konkurrenz auf dem Münchner Pflege-Markt? 41
› Was treibt die „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" in München? 43
› „Interkulturelle Öffnung" als „strategisches Ziel" der Münchner Stadtpolitik – hier: Beschäftigung von Arbeitskräften mit „Migrationshintergrund" in der Münchner Verwaltung u. a. 45
› Zivilcourage? 51
› Wie effizient sind „Integrationskurse" in München – und wie kostspielig? 53

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat 16

Terminhinweise

Wiederholung
Samstag, 24. Mai, 9 Uhr, Kolpinghaus, Adolf-Kolping-Straße 1
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht bei der Fachtagung im Rahmen der VAMV-Bundesdelegiertenversammlung, die unter dem Leitsatz „Kindeswohl: Wohl wollen reicht nicht – Neue Perspektiven aus Forschung und Praxis" steht.

Montag, 26. Mai, 11.30 Uhr, Treffpunkt Café Muffathalle, Zellstraße 4
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, die Stadtratsmitglieder Dr. Ingrid Anker (SPD) und Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) sowie die beiden Muffatwerk-Geschäftsführer Christian Waggershauser und Dietmar Lupfer informieren anläßlich der zwei, nach mehrmonatigen Umbau- und Renovierungsarbeiten auf dem Gelände des Muffatwerkes fertiggestellten neuen Studio- und Proberäume über die neuen Möglichkeiten. In den Räumen sollen Arbeiten aus dem zeitgenössischen experimentellen Bereich der darstellenden Künste entstehen, die auch Brücken zur bildenden Kunst und den Neuen Medien schlagen.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Montag, 26. Mai, 13 Uhr,
Hochwasserbett Isar südlich der Wittelsbacherbrücke
Nach der Begrüßung durch Baureferentin Rosemarie Hingerl und den Leiter des Wasserwirtschaftsamtes München, Dr. Klaus Arzet, weihen Bürgermeister Hep Monatzeder und Staatsminister Dr. Otmar Bernhard vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz mit einer symbolischen Wasser-Marsch-Aktion zur Flutung des neuen Isar-Nebenarms den im Bereich Wittelsbacherbrücke fertiggestellten Isarabschnitt ein. Der Isar-Plan ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt München mit dem Freistaat Bayern.

Wiederholung
Montag, 26. Mai, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht Grußworte zur Veranstaltung „München 1158 – ein Streitfall. Die Beteiligten melden sich zu Wort". Die Vorgänge um die „Gründung" Münchens 1157/58 sind Thema dieses öffentlichen „Streitgesprächs". Zwei Mittelalter-Forscher der Ludwig-Maximilians-Universität München und zwei Münchner Stadthistoriker schlüpfen

in die Rolle der beteiligten poli-tischen Kräfte Kaiser Friedrich Barbarossa, Herzog Heinrich der Löwe,
Bischof Otto von Freising und eines Vertreters der Marktgemeinde. Die jeweiligen Standpunkte und ihre Bedeutung für die Entstehung Münchens präsentieren Dr. Richard Bauer, Stadtarchiv München, Dr. Jan Keupp, Ludwig-Maximilians-Universität München, Dr. Lorenz Maier, Studiendirektor am Maria-Theresia-Gymnasium, München, Dr. Hubertus Seibert, Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Veranstaltung moderiert Professor Dr. Knut Görich, Ludwig-Maximilians-Universität München.
Achtung Redaktionen: Pressekarten bei Dr. Brigitte Huber, Stadtarchiv München, E-Mail: brigitte.huber@muenchen.de

Dienstag, 27. Mai, 11 Uhr, Ratstrinkstube im Rathaus
Bürgermeister Hep Monatzeder stellt gemeinsam mit Geschäftsführer Alexander Freitag von der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) und Geschäftsführer Wolfgang Slama vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) Landesverband Bayern e. V. die neue Broschüre des MVV „Die MVV Radl-Touren" vor. Die Broschüre beschreibt 25 Radltouren mit einer Gesamtlänge von 983 Kilometern. Die MVV-Radl-Touren sind GPS gestützt, das heißt die Radlerinnen und Radler können auf ein satellitengestütztes Navigationssystem zurückgreifen.

Dienstag, 27. Mai, 19 Uhr, Haidhausen-Museum, Kirchenstraße 24
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers eröffnet die Ausstellung „Die abenteuerliche Geschichte der Münchner Ludwigsbrücke." Es spricht Hermann Wilhelm, Haidhausen-Museum. Zur Ausstellung wird eine die Ausstellung begleitende umfangreiche Text-Bild-Dokumentation präsentiert.
(Siehe auch unter Meldungen)

Mittwoch, 28. Mai, 10 Uhr,
Gasteig, Zimmer 0.125, Erdgeschoss, Rosenheimer Straße 5
Dr. Susanne May, Programmdirektorin der Münchner Volkshochschule (MVHS), und Susanne Lößl, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit, stellen zusammen mit der Agentur Kunst oder Reklame die neue Fotorätsel-Kampagne der Münchner Volkshochschule vor.
(Siehe auch unter Meldungen)

Mittwoch, 28. Mai, 11.15 Uhr, Rathaus, Büro der Bürgermeisterin
Die Klasse BVJ 2 der Städtischen Schule zur Berufsvorbereitung übergibt Bürgermeisterin Christine Strobl eine im Rahmen eines Unterrichtsprojekts entstandene Wandzeitung zum Thema „Migrationshintergrund –

na und?". Die Schülerinnen und Schüler beschäftigten sich in diesem Projekt mit den Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund am politischen Geschehen. Dazu hatten die Jugendlichen im Herbst 2007 auch Bürgermeisterin Strobl interviewt und den Beitrag in die Wandzeitung eingearbeitet. Beim bundesweiten Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung, an dem 3.000 Klassen aller Schularten teilgenommen hatten, wurde das Projekt der Klasse BVJ 2 mit einem Spitzenpreis und einer Prämie von 1.000 Euro ausgezeichnet.

Mittwoch, 28. Mai, 11.30 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, Großer Saal, St.-Jakobs-Platz 1
Pressekonferenz zum Auftakt des Festsommers zum 850-jährigen Stadtjubiläum Münchens, der am 13. Juni mit dem Festakt und dem Bürgerfest im Gasteig sowie am 14. und 15. Juni mit dem Stadtgründungsfest in der Innenstadt beginnt. Oberbürgermeister Christian Ude spricht zum Programm der Jubiläumsfeierlichkeiten, die Projektkoordinatorin des Stadtjubiläums, Henriette Wägerle, stellt Organisation und Ziele der Gesamtplanung des Stadtgeburtstags vor. Tourismusdirektorin und Festleiterin Dr. Gabriele Weishäupl präsentiert das Stadtgründungsfest.

Mittwoch, 28. Mai, 14 Uhr, Krähenweg 138
Stadtrat Dr. Josef Assal (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Johanna und Johann Briechle im Namen der Stadt zur Diamantenen Hochzeit.

Mittwoch, 28. Mai, 18 Uhr, Aula der Grundschule Balanstraße 153
Jubiläumsfeier zum 50-jährigen Bestehen der Städtischen Kindertagesstätte an der Görzerstraße. Stadträtin Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte. Nach der Begrüßung durch die Leiterin der Kindertagesstätte, Christa Stangl, spricht Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner ein Grußwort. Die Einrichtung an der Görzerstraße ist mit sechs Kindergartengruppen (davon eine Integrationsgruppe) beziehungsweise 135 Betreuungsplätzen eine der größten Kindertagesstätten der Landeshauptstadt. Die Festveranstaltung wird umrahmt von Darbietungen der Kinder. Im Anschluss an den offiziellen Teil sind die Gäste zu einem Stehempfang in den Kindergarten Görzer Straße eingeladen.
Die Kindertagesstätte ist erreichbar ab Giesinger Bahnhof mit dem Bus 139 und Bus 145 (Haltestelle Ständlerstraße).

Meldungen

OB Ude kondoliert zum Tod von Willi Poneder

(23.5.2008) Zum Tod von Willi Poneder sprach Oberbürgermeister Christian Ude der Schwester des Verstorbenen sein Beileid aus: „Mit großer Bestürzung habe ich vom Tod Ihres Bruders Willi Poneder vernommen, der völlig überraschend am vergangenen Sonntag verstorben ist.
Er war ein kreativer Kulturgestalter, mitreißender Musikant und Tänzer – mit fester Verankerung in der bairischen Tradition, großer Offenheit für Neues und außerordentlicher pädagogischer Begabung. Seine menschenfreundliche Art und seine Toleranz prägten seine Arbeit und machten den Umgang mit ihm zur Freude. Viele haben ihn beim Kocherl-Ball erlebt und konnten sich bei dieser oder anderer Gelegenheit von seiner verdienstvollen Arbeit überzeugen. Sie wurde 1994 von der Stadt mit der Medaille ‚Für Verdienste um die Volkskultur in München' geehrt.
Willi Poneder war und bleibt ein Beispiel dafür, wie Einzelne wesentlich dazu beitragen können, dass München nicht nur Millionenstadt, sondern vor allem Heimat ist.
Noch so vieles hätte er gerade im Jahr des 850. Stadtgeburtstags vorgehabt: die Münchner Francaise zu lehren, den Kocherl-Ball zum 20. Mal anzuführen, den Film über sein Leben fertig stellen.
Er wird München sehr fehlen!"

Einführung des Parkraummanagements in der Maxvorstadt und Isarvorstadt geht in die letzte Runde

(23.5.2008) Am 1. Juli starten im 3. Stadtbezirk die Parklizenzgebiete Königsplatz und Karolinenplatz und im 2. Stadtbezirk das Gebiet Dreimühlenviertel. Mit diesen drei Gebieten, die als letztes von insgesamt sechzehn neuen Gebieten seit Dezember 2007 an den Start gehen, ist die Parklizenz dann nahezu im gesamten 2. und 3. Stadtbezirk eingeführt. Das erste von insgesamt vier Planungspaketen zur Einführung des Parkraummanagements innerhalb des Mittleren Ringes wird damit pünktlich abgeschlossen.
Das Gebiet Königsplatz liegt zwischen der Achse Dachauerstraße, Seidlstraße und der Arcisstraße bzw. zwischen der Gabelsbergerstraße und Mars- und Elisenstraße.
Das Gebiet Karolinenplatz wird durch die Arcisstraße und den Altstadtring beziehungsweise die Gabelsbergerstraße und die Elisenstraße begrenzt.
Das Dreimühlenviertel schließt die Isarvorstadt im Süden ab und liegt zwischen Kapuzinerstraße und Lagerhausstraße sowie zwischen der Tumblingerstraße und der Isar.

Die Grundregeln der Parklizenz – Bewohnerparken, Mischparken, Kurzparken – sind natürlich auch in den drei neuen Gebieten zu finden.
Das Gebiet Dreimühlenstraße wartet darüber hinaus mit einer Besonderheit auf. In der Zenettistraße zwischen der Tumblingerstraße und der Thalkirchner Straße kommt zum zweiten Mal in München eine neue Form der Zonenbeschilderung, die so genannte „P-Zone" zum Einsatz.
An den Kreuzungen Tumblingerstraße und Zenettistraße bzw. Thalkirchner Straße und Zenettistraße wird das neue Zeichen „P-Zone" aufgestellt. Dieses Zeichen gibt die Regelung Mischparken – Bewohnerinnen und Bewohner parken umsonst, Besucher können ein Parkticket kaufen – für die Zenettistraße vor. Im Verlauf der Straße folgen keine weiteren Verkehrszeichen.
Das System der Zonenbeschilderung an sich wird seit langem für das Bewohnerparken verwendet und entlastet das Stadtbild durch einen Verzicht auf allzu viele Schilder und Markierungen. Das Schild selbst ist eine Neuentwicklung der Landeshauptstadt München, die in die Straßenverkehrs-Ordnung aufgenommen werden wird.
Die Parkausweise können ab sofort formlos mit einem einfachen Brief bei der Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung III – Verkehrsüberwachung, 80466 München, beantragt werden. Jedem Antrag muss eine Kopie des Kfz-Scheins beigelegt werden.
Das Kreisverwaltungsreferat bittet die Bewohnerinnen und Bewohner dringend darum, ihre Parkausweise frühzeitig zu beantragen. So kann unnötiger Stress und Ärger vermieden und die Parkausweise können rechtzeitig zugestellt werden.
Das KVR bietet unter *www.strassenverkehr-muenchen.de* und dem folgenden Link Parken natürlich auch Antragsformulare sowie ausführliche Antworten auf alle Fragen rund um das Thema Parkraummanagement.

Publikation „St.-Jakobs-Platz – Nachbarn bauen Brücken"

(23.5.2008) Am heutigen Freitag, 23. Mai, erscheint die Publikation „St.-Jakobs-Platz – Nachbarn bauen Brücken". Erstmals widmet sich damit eine Veröffentlichung der Geschichte dieses Platzes von den mittelalterlichen Anfängen der Stadt bis in die Gegenwart und bietet Portraits der Anlieger, die den St.-Jakobs-Platz zu Beginn des 21. Jahrhunderts gestalten. Die Broschüre mit einem einleitenden Beitrag „Wallfahrten, Dulten, Künstlermärkte" von Dr. Manfred Peter Heimers, Stadtarchiv München, widmet sich mit sorgfältig ausgewähltem Bildmaterial dem St.-Jakobs-Platz in der 850jährigen Geschichte Münchens: Von den Anfängen eines ländlichen, mit Wasserläufen durchzogenen Areals, das noch vor der ältesten Stadtmauer lag, über die Entwicklung zu einem „städtischen Nebenzentrum"

im späteren Mittelalter, bis hin zu den Zerstörungen im 2. Weltkrieg und der Entstehung des Jüdischen Zentrums mit Hauptsynagoge, Jüdischem Gemeindezentrum und städtischem Jüdischen Museum.
Darauf folgen die ebenso reich bebilderten Portraits zur Geschichte der Anrainer, die sich am St.-Jakobs-Platz zum 850. Stadtgeburtstag als Nachbarn begegnen und diesen alten Münchner Platz neu gestalten und mit Leben erfüllen:
In kenntnisreichen Beiträgen der Autorinnen und Autoren werden die historischen Stationen der Häuser und Institutionen nachgezeichnet, die auch das große Festwochenende „Nachbarn bauen Brücken" zur 850-Jahrfeier am 5. und 6. Juli 2008 gemeinsam gestalten: Angerkloster und Kirche St. Jakob – Münchner Stadtmuseum – Orag-Haus – Alten-und Service-Zentrum Altstadt – Hauptsynagoge und Jüdisches Gemeindezentrum – Jüdisches Museum München - Angerhof mit Linde AG und Wöhr+Bauer.
Neben Grußworten von Oberbürgermeister Christian Ude und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers zeugt vor allem das gemeinsame Geleitwort aller Anrainer von deren Bereitschaft, das Motto „Nachbarn bauen Brükken" nachhaltig über den Stadtgeburtstag hinaus gemeinsam zu verwirklichen.
Die 64-seitige, aufwändig gestaltete und reich bebilderte Publikation ist zum Preis von 3 Euro ab Montag u.a. in der Stadtinformation im Rathaus am Marienplatz und am St.-Jakobs-Platz (Angerkloster, Israelitische Kultusgemeinde, Orag-Haus, ASZ Altstadt, Jüdisches Museum, ab 6. Juni auch im Münchner Stadtmuseum) erhältlich.
Achtung Redaktionen: An die Redaktionen versendet das Kulturreferat die Broschüre gerne für Besprechungen. Kontakt: Pressestelle des Kulturreferats, Telefon 2 33-2 60 05 oder presse.kulturreferat@muenchen.de

Ausstellung „Geschichte der Münchner Ludwigsbrücke"
(23.5.2008) Anlässlich des 850. Stadtgeburtstages findet im Haidhausen-Museum eine Ausstellung unter dem Titel „Krieger, Kaiser, Kaufleute: Die abenteuerliche Geschichte der Münchner Ludwigsbrücke" statt. Die Ausstellung zeigt einen Blick auf die Alltagsgeschichte in München und im Münchner Osten. Sie zeigt u.a. die Entstehungsgeschichte der Brücke an der historischen Salzstraße, beleuchtet mittelalterliche Kriegs-Szenarien und Brückeneinstürze, erinnert an das längst vergessene Leben in den Kasernen auf der Kohleninsel und den umliegenden Gaststätten, dokumentiert die Eröffnung der „II. Kraftmaschinen-Ausstellung" und des späteren Deutschen Museums und schlägt einen Bogen von der Nazizeit (Hitlerputsch, Brücken- und Straßenerweiterungsbauten) und dem Zwei-

ten Weltkrieg bis hin zu den Kino-Veranstaltungen und Jazz-Konzerten im „Kongreßsaal des Deutschen Museums" in den 50er- und 60er-Jahren. Zusätzlich erscheint eine die Ausstellung begleitende umfangreiche Text-Bild-Dokumentation.
Die Eröffnung der Ausstellung findet am Dienstag, 27. Mai, um 19 Uhr im Haidhausen-Museum, Kirchenstraße 24, mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Hermann Wilhelm (Haidhausen-Museum) und dem Haidhauser Damenchor „Silberner Mond" statt. Das Haidhausen-Museum wird gefördert durch das Kulturreferat der Landeshauptstadt München.
Die Ausstellung ist von 27. Mai bis 20. Juli und 14. September bis 16. November zu den Öffnungszeiten Sonntag 14 bis 18 Uhr, Montag, Dienstag und Mittwoch von 16 bis 18 Uhr, zu sehen. Der Eintritt ist frei. Nähere Infos unter: *www.haidhausen-museum.mux.de* oder presse.kulturreferat@muenchen.de.

Kranzniederlegung im Friedhof Bogenhausen
(23.5.2008) Zum 50. Todestag des Schauspielers Gustl Waldau legt die Landeshauptstadt München am Sonntag, 25. Mai, an seiner Grabstätte im Friedhof Bogenhausen, M-re-11, einen Kranz mit Stadtschleife nieder. Gustl Waldau (Gustav Freiherr von Rummel) wurde 1871 im Schloß Piflas bei Landshut geboren. Waldau beendete 1898 seine Offizierslaufbahn, wurde Redakteur der Zeitschrift „Jugend" und trat als Schauspieler an in- und ausländischen Bühnen auf. Seit 1918 war er am Staatstheater in München engagiert, ab 1924 im Theater in der Josefsstadt in Wien. Die erste Filmrolle übernahm Waldau 1912. Auf Münchner Bühnen spielte er 50 Jahre – meist in Charakterrollen. Das „Hobellied" des Valentin aus dem „Verschwender" von Ferdinand Raimund fand in ihm seinen besten Interpreten. Gustl Waldau starb 1958 in München.

Bürgersprechstunde „Fairer Handel und Fairer Einkauf"
(23.5.2008) Am Donnerstag, 29. Mai, bietet der Umweltladen der Landeshauptstadt München eine weitere Bürgersprechstunde an, dieses Mal zum Thema „Fairer Handel und Fairer Einkauf". Mitarbeiter des EineWelt-Hauses informieren über TransfairProdukte, deren Kennzeichnung und über die Verkaufsstellen in München. Wer möchte, kann auch gleich eine Tasse Transfair-Kaffee probieren.
Wer über seinen eigenen Tellerrand hinausblickt, erkennt bald, dass eine gerechtere Welt beim eigenen Kochtopf und der eigenen Kaffeetasse anfängt. Mit Transfair-Produkten werden gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen in den sogenannten Dritte Welt Ländern unterstützt. Im Zuge des Bio-Booms im Lebensmittelbereich hierzulande ist auch der Absatz von

Transfair-Produkten wie Kaffee, Bananen und Schokolade weiter angestiegen; mit Transfair- und Bio-Produkten ergibt sich somit ein lohnendes und empfehlenswertes Produktsortiment.
Der Umweltladen befindet sich im Ruffinihaus am Rindermarkt 10. Die Öffnungszeiten sind Montag, Dienstag, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17.30 Uhr, Donnerstag durchgehend von 9 bis 19 Uhr sowie Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 16.30 Uhr. Telefonisch ist der Umweltladen über das Umwelttelefon 2 33-2 66 66 zu den angegebenen Zeiten zu erreichen (Internetadresse: *www.muenchen.de/umweltladen*).

Fotorätsel-Kampagne der Münchner Volkshochschule

(23.5.2008) Die Münchner Volkshochschule (MVHS) ist die größte Erwachsenenbildungseinrichtung in Deutschland. Mehr als 14.000 Kurse und Veranstaltungen pro Jahr erreichen zirka 200.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
Die Imagekampagnen der Münchner Volkshochschule erfreuen sich großer Beliebtheit – das zeigen die vielen Einsendungen per Post und E-Mail im letzten Jahr. Sie beziehen die Münchner Bevölkerung aktiv ein und bereichern das Stadtbild. In diesem Frühjahr startet die Münchner Volkshochschule zum zweiten Mal eine interaktive Imagekampagne in Form von Plakaten, Postkarten und Internet-Seiten. Anlässlich des 850. Stadtgeburtstages wird die Münchner Volkshochschule unsere Stadt in den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellen: Münchens kulturelle Vielfalt, seine Geschichte, sowie seine wirtschaftliche und politische Bedeutung sind der Ausgangpunkt für ein Bilderrätsel.
Dabei wird das Auge des Betrachters auf die bekannten, aber auch weniger bekannten Ecken und Winkel der Stadt gelenkt. Ausschnitte aus Bildern von Bauwerken, Kunstwerken oder Straßenzügen, sind in ihrem Zusammenhang zu erraten: Die Lust am Rätselraten, die Entdeckung der eigenen Stadt und die Aussicht auf lockende Preise werden Einheimische und „Zuagroaßte" in einen Dialog mit der Münchner Volkshochschule bringen.
Die Fotos zur Kampagne stammen in diesem Jahr von Volker Derlath. Seine Ansichten der Münchner Stadtlandschaft werden regelmäßig in der Süddeutschen Zeitung unter der Rubrik „Der andere Blick" veröffentlicht, auch das Stadtmuseum zeigte seine Arbeiten. Volker Derlath ist Dozent an der Münchner Volkshochschule.
Ganz leicht ist es nicht, einen der attraktiven Preise zu ergattern. Zur aktiven Teilnahme locken nicht zuletzt die 88 attraktiven und nicht alltäglichen Preise, die es zu gewinnen gibt:

- 1. Preis: Eine zweitägige Reise für zwei Personen zu den „Kunstschätzen am Bodensee"
- 2. Preis: Ein Wochenseminar der Münchner Volkshochschule am Starnberger See
- 3. Preis: Einen iPod touch. 16 GB – Videos, Musik und Internet zum Mitnehmen
- 4. Preis: Einen „Sterne-Kochkurs" für die Teilnehmerin/den Teilnehmer und fünf Freunde
  5. Preis: Zweimal die Sonderedition „München erlesen" mit 21 Bänden der SZ-Bibliothek
- 6. bis 88. Preis: siehe unter *www.mvhs.de* (ab 1. Juni)

Einsendeschluss ist der 17. Juni 2008.

Sonderverlosung für alle Neunmalklugen:
Suchen und die neun Rätsel erraten. Zu gewinnen sind Konzertkarten für die Münchner Philharmoniker.

Vernissage und Ausstellung in der Stadtbibliothek Moosach

(23.5.2008) Vom 27. Mai bis 26. Juni stellt Irene Wührl-Petry Werke in der Stadtbibliothek Moosach aus. In Münster geboren, begann die Künstlerin nach einer Fotografenlehre, eine Ausbildung in Aquarell-, Acrymalerei, Radierung und Siebdruck in Stuttgart. Seit 1999 arbeitet sie in einem eigenen Atelier in Germering. Zufällige Fundstücke, wie Wurzeln, Steine, Knochen und rostiges Metall regen der Künstlerin Phantasie an und wirken inspirierend. Durch viele Bleistiftskizzen nähert sie sich dem Motiv, gibt Tusche und Farbe dazu, wodurch während des Arbeitens neue Ideen entstehen, die sofort oder später in die Bilder einfließen. Durch eine schöpferische Umwandlung entsteht etwas Neues und ganz Eigenes. Irene Wührl-Petrys Motto ist ein Zitat von August Macke: „Ein Kunstwerk ist ein Gleichnis der Natur, kein Abbild". Die Vernissage findet am 28. Mai um 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Moosach, Hanauer Straße 61a, Telefon 30 90 54 79-0, statt. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt zu den üblichen Öffnungszeiten der Bibliothek zu besichtigen.

Stadtbibliothek Allach-Untermenzing: Szenische Lesung mit Texten

(23.5.2008) Am Dienstag, 27. Mai, findet ab 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Allach-Untermenzing eine Veranstaltung im Rahmen des 2. Brandlochfests statt. Das Brandlochfest erinnert an Autorinnen und Autoren, deren Werke von den Nationalsozialisten verbrannt wurden und die seither zu Unrecht in Vergessenheit geraten sind. Unter dem Motto „Jung, erfolgreich, vielversprechend" präsentieren Sylvie Bantle, Alma Larsen und Barbara Yurtdas Auszüge aus dem Werk von Mascha Kaléko und

Irmgard Keun und stellen eigene Texte gegenüber. Die Lesung beginnt um 20 Uhr. Ab 19.30 Uhr läuft die Video-Collage „23 Köpfe – 23 Schicksale", in der weitere vergessene Autorinnen und Autoren vorgestellt werden. Eintrittskarten zu 5 Euro sind in der Bibliothek, Pfarrer-Grimm-Straße 1, oder an der Abendkasse erhältlich oder können unter 1 89 32 99 25 telefonisch reserviert werden.
Veranstalter ist Kultum, eine Initiative der Münchner Stadtbibliothek und der Elternbeiräte am Schulzentrum Pfarrer-Grimm-Straße.

Führung durch die Ausstellung „Dimitri Soulas – Augenblicke"
(23.5.2008) Am Mittwoch, 28. Mai, führt Rudolf Scheutle um 15 Uhr durch die Ausstellung „Dimitri Soulas – Augenblicke. Fotografien 1967 bis1974" im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Für den griechischen Fotografen Dimitri Soulas (geboren 1938) war das Leben auf der Straße eine unerschöpfliche Quelle. Sein Credo lautet, den Menschen authentisch, in ungestellten Posen, in bewegten und entscheidenden Augenblikken festzuhalten. In den Jahren 1967 bis 1974 fotografierte Dimitri Soulas Prominente und besondere Ereignisse des Münchner Stadtlebens. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 3 Euro.

Konzert im Musikinstrumentenmuseum
(23.5.2008) Unter dem Titel „50 Jahre Bossa Nova" findet am Donnerstag, 29. Mai, um 19.30 Uhr im Musikinstrumentenmusem im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, ein Konzert mit der Gruppe „Made in Brazil", Paulo Cmargo, Alberto Barreira, Uli (Captain) Stach und Claudio Gomes statt. Dr. Gunther Joppig informiert über den Ursprung und die Wirkung des Bossa Nova. Das Konzert findet in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft e.V. statt. Karten zu 7,50 Euro gibt es an der Abendkasse.

Öffentliche Stadtrats-Sitzungen der kommenden Woche
Dienstag, 27. Mai

9.00 Uhr	Gesundheits-/Kinder- und Jugendhilfe-/Schul- und Sport ausschuss – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Kinder- und Jugendhilfe-/Schul- und Sportausschuss – Großer Sitzungssaal
im Anschluss	Kinder- und Jugendhilfeausschuss – Großer Sitzungssaal
14.00 Uhr	Umweltschutzausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Mittwoch, 28. Mai

9.30 Uhr	Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung – Großer Sitzungssaal
14.30 Uhr	Schul- und Sportausschuss – Kleiner Sitzungssaal

Donnerstag, 29. Mai

9.30 Uhr	Sozialausschuss – Großer Sitzungssaal

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Freitag, 23. Mai 2008

Alte Allee (Pasing)
Das Baureferat führt zwischen Bergsonstraße und Marschnerstraße eine Fahrbahnsanierung durch.
Von 28. Mai bis Ende Juni 2008
ist eine Einbahnregelung ab der Bergsonstraße in Richtung Süden zur Lortzingstraße eingerichtet. In Richtung Norden wird der Verkehr über die Pippinger Straße abgeleitet.

Hohenzollernstraße (Schwabing)
Die Stadtwerke führen Unterhaltsarbeiten im Gleisbereich durch.
Von 26. Mai bis Anfang Juni 2008
ist die Hohenzollernstraße ab dem Hohenzollernplatz Richtung Kurfürstenplatz für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die Umleitung des Verkehrs, einschließlich der Linienbusse, erfolgt über die Tengstraße, Elisabethstraße und Nordendstraße.
Die Straßenbahnlinien verkehren während der Bauarbeiten weiterhin durch die Hohenzollernstraße.

Ampfingstraße / Mühldorfstraße (Berg-am-Laim)
Die Stadtwerke verlegen eine neue Fernwärmeleitung.
Von 26. Mai bis Ende Juli 2008
ist im Zuge der Ampfingstraße in Richtung Süden nur eine von zwei Fahrspuren frei. In Richtung Norden bleiben die vorhandenen zwei Fahrspuren erhalten. Die freien Fahrspuren sind im Kreuzungsbereich auf die östliche Fahrbahnseite verschwenkt.
Die Mühldorfstraße ist im Einmündungsbereich zur Ampfingstraße gesperrt.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter
http://www.muenchen.de/baustellen

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat TZ / K, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, E-Mail: baustellen.bau@muenchen.de

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Autobahn A 95 München – Garmisch-Partenkirchen
Die Autobahndirektion Südbayern führt zwischen der Anschlussstelle München – Sendling-Süd (Luise-Kiesselbach-Platz) und der Stadtgrenze (südlich der Anschlussstelle München – Fürstenried) eine Fahrbahnsanierung durch.

Von 26. Mai bis Ende Juli 2008
wird in mehreren aufeinander folgenden Bauphasen gearbeitet.

Ab Montag, 26. Mai bis 5. Juni 2008
werden vorbereitende Arbeiten durchgeführt. Dabei sind zeitweise pro Richtung nur je zwei von drei Fahrspuren frei.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter
http://www.muenchen.de/bau/index.html

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat RK, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, Email: baustellen.bau@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 23. Mai 2008

„Gender mainstreaming" als Zielvorgabe der Münchner Stadtpolitik?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Ihre Anfrage bezieht sich auf den Themenbereich der Antidiskriminierungsarbeit für Lesben und Schwule sowie auf die Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie bei der Landeshauptstadt München zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Landeshauptstadt München ist einem Menschenbild verpflichtet, das sich an den Werten des Grundgesetzes orientiert und das weder frauen- noch fremdenfeindliche, homophobe (homosexuellenfeindliche) oder rassistische Haltungen duldet. In welcher Form solche Einstellungen auch vorkommen oder geäußert werden, ob in der dumpfen Art rechtsradikaler Gesinnung oder einer versteckteren – deshalb aber nicht weniger dummen - pseudointellektuellen Weise, werden sie auf entschiedenen Widerstand stoßen.

Die vom Personal- und Organisationsreferat gemeinsam mit dem Gesamtpersonalrat geschlossene Vereinbarung für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt ist Ausdruck dieser Position und zeigt die klare Haltung sowohl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch der Stadtspitze zu diesem Thema auf.

Das von Ihnen in der Einleitung zu Ihrer Anfrage angeführte Zitat einer Publizistin zeigt deutlich, dass Sie nicht an einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesen Themen interessiert sind, sondern das Mittel der Stadtratsanfrage benutzen, um frauen- und homosexuellenfeindliche Positionen zu transportieren. Sie dürfen versichert sein, dass ich als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München alle Tendenzen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in aller Entschiedenheit zurückweisen werde.

Nicht nur die zitierte Publizistin scheint bisher noch nicht verstanden zu haben, dass es um die Unterscheidung des biologischen Geschlechts von

den jeweiligen Rollenerwartungen geht, die in einer Gesellschaft mit Mann- oder Frausein verbunden werden.

Praktisch ist hierbei zu denken an den Abbau noch immer bestehender Nachteile in der Einkommens-, Arbeits- und Chancenverteilung zu Lasten von Frauen und der Beendigung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, gegen Lesben und Schwule.
Im Zuge der Frauenbewegung vor allem der beiden letzten Jahrhunderte sowie des Kampfes von Lesben und Schwulen um Gleichberechtigung (Lesben- und Schwulenbewegung) konnten von Männern und Frauen gemeinsam Fortschritte erzielt werden.

Ihre Fragen im Einzelnen beantworte ich wie folgt:

Frage 1:
Was bedeutet die in der „Antidiskriminierungsvereinbarung" der Stadt München gewählte Formulierung, die Stadt München unterstütze Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen „mit Nachdruck", konkret? Welche und wie viele „Maßnahmen" zur „Förderung der Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen" unterstützt die Stadt München derzeit im Münchner Stadtgebiet konkret? (bitte möglichst detailliert aufführen!)

Antwort:
Die Förderung der Gleichstellung von Lesben und Schwulen ist Bestandteil der städt. Antidiskriminierungspolitik. Die Zuständigkeit hierfür liegt bei der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, einer Abteilung im Direktorium.
Informationen über die konkreten Maßnahmen entnehmen Sie bitte dem Jahresbericht und den Publikationen der Koordinierungsstelle, die diesem Schreiben beiliegen.
Die Landeshauptstadt München fördert derzeit folgende Maßnahmen:
Sub e.V., Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum München
LeTra, Lesbenberatungsstelle des Lesbentelefon e.V.
diversity, Jugendzentrum für schwule, lesbische und transgender Jugendliche
Münchner Aidshilfe e.V.
Kulturprojekte unterschiedlicher Träger

Frage 2:
Im Wege welcher Projekte und Einzelmaßnahmen wird im laufenden Schuljahr 2007/2008 an Münchner Schulen die „Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen" aktiv gefördert? (bitte möglichst detailliert aufführen!)

Antwort:
An den Münchner Schulen werden sowohl in Unterrichtseinheiten als auch in Projekten Themen wie Diskriminierung, Gewalt, Rassismus, Homosexuellenfeindlichkeit, Sexismus usw. behandelt. Zudem verfügt das Pädagogische Institut über ein Lernpaket zum Thema Homosexualität, welches die Schulen einsetzen können.
Einmal jährlich wird an alle Eltern von Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufen ein Info-Brief zum Thema Homosexualität verteilt.

Frage 3:
Bei der „nachdrücklichen" Unterstützung von „Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz und Toleranz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen," wie sie von der Stadt München vertreten wird, handelt es sich um eine markante Einflussnahme auf die Entwicklung der Gesellschaft und insbesondere auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Wertmaßstäbe. Wann und mit welchen Mitteln wurde die Münchner Öffentlichkeit über Ziele und Tragweite der von der Stadt verfolgten Toleranz- und Akzeptanz-Politik gegenüber „gleichgeschlechtlichen Lebensweisen" informiert? (Bitte ggf. Informationsmaterialien der Stadt München mit Erscheinungsdatum, Angabe der Autoren und Auflagenstärken sowie ggf. Informationsveranstaltungen und -kampagnen der Stadt München mit Datums- und Ortsangaben sowie Nennung der verantwortlichen Stellen der Stadt München aufführen!)

Antwort:
Die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen leistet intensive Öffentlichkeitsarbeit und publiziert in diesem Zusammenhang laufend Fachbeiträge, Broschüren usw..
Beiliegend erhalten Sie je ein Exemplar dieser Veröffentlichungen, die gewünschten Informationen können Sie dem jeweiligen Impressum entnehmen.
Informationsveranstaltungen werden in unregelmäßigen Abständen durchgeführt zu unterschiedlichen Themenbereichen, z. B. „Vorsorgemöglichkeiten für Lesben, Schwule und Transgender", „Coming Out am Arbeitsplatz" usw.

Im Jahr 2005 wurde an Münchens Schulen die Kampagne „Wir sind für Dich da" durchgeführt.

Frage 4:
Wann und mit welchen Mitteln wurde die Münchner Öffentlichkeit über Ziele und Tragweite der von der Stadt verfolgten „Gender Mainstreaming"– Politik informiert? (Bitte ggf. Informationsmaterialien der Stadt München mit Erscheinungsdatum, Angabe der Autoren und Auflagenstärken sowie ggf. Informationsveranstaltungen und -kampagnen der Stadt München mit Datums- und Ortsangaben sowie Nennung der verantwortlichen Stellen der Stadt München aufführen!)

Antwort:
Die Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München nimmt seit ihrer Einrichtung durch Beschluss des Münchner Stadtrates vom 16. Januar 1985 umfassend die Aufgabe wahr, die breite Öffentlichkeit über die frauen- und genderpolitischen Ziele der Stadt und die stadtweite Angebotsstruktur zu informieren und auch bei ihrer bedarfsorientierten Weiterentwicklung laufend mitzuwirken. Eine Auswahl an derzeit aktuellen und grundlegend informierenden Materialien liegt bei, um die Gelegenheit zu geben, sich in die Materie einzuarbeiten.

Frage 5:
Wie legitimiert sich die „Gender Mainstreaming"-Politik der Stadt München?

Antwort:
Die Gender Mainstreaming Politik der Landeshauptstadt München leitet sich aus folgenden Rechtsgrundlagen ab:
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union
- Amsterdamer Vertrag der Europäischen Union
- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 3, Abs. II
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- Bayerische Verfassung, Artikel 118
- Bayerisches Gleichstellungsgesetz
- Münchner Satzung zur Gleichstellung von Frauen und Männern
- Dienstanweisung des Oberbürgermeisters vom 02.12.1991
- Bestätigung durch Wählervoten

Frage 6:
Inwieweit kann sich der Oberbürgermeister dem Argument anschließen, bei der „mit Nachdruck" forcierten Gender-Mainstreaming-Zielstellung der Stadt München handle es sich um den aktiven Versuch, gesellschaftliche – insbesondere überlieferte – Wertmaßstäbe außer Kraft zu setzen und neue Maßstäbe für gesellschaftliches Verhalten zu implementieren?

Antwort:
Wie in Frage 5 dargestellt wurde, zielt die Gender Mainstreaming-Politik auf die Verwirklichung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, der Grundrechte der Europäischen Union, der Werteordnung des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung, denen überlieferte Verhältnisse nicht immer gerecht werden.

„Gender Mainstreaming besteht in der (Re-) Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung von Entscheidungsprozessen, so dass von den AkteurInnen, die üblicherweise in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, eine Perspektive der Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Vorgehensweisen, auf allen Ebenen und in allen Phasen eingenommen wird."
Council of Europe (1998): Gender Mainstreaming. Conceptual framework, methodology and presentation of good practices. Dokument EG-S-MS (98)2), Straßburg, S. 15.

Welche Haftbedingungen herrschen an Münchner Gefängnissen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Zu Ihrer Anfrage vom 2.5.2008 nehme ich wie folgt Stellung:

Die Anfrage bezieht sich ausschließlich auf Vorgänge in Justizvollzugsanstalten des Freistaates Bayern. Die Landeshauptstadt München verfügt hierüber über keine Erkenntnisse. Fragen sind deshalb an den Freistaat Bayern zu richten.

Katharina von Bora statt Hans Meiser – eine Straßen-Umbenennung als Schildbürgerstreich?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Kommunalreferat:

Zur Beantwortung der Anfrage ist darauf hinzuweisen, dass die Hans-Meiser-Straße nicht nur deswegen umbenannt wurde, weil der Namensträger durch einzelne antisemitische Äußerungen aufgefallen ist. Vielmehr wurde durch die Umbenennung auch seiner Haltung während der Zeit des Nationalsozialismus und danach Rechnung getragen; dabei hat besonders das Schweigen in der Nazizeit, die Parteinahme nach dem zweiten Weltkrieg und die unterlassene Unterstützung jedweder Aufklärung eine entscheidende Rolle gespielt.

Zu Frage 1:
„Welche Kenntnis hat der Oberbürgermeister darüber, ob und in welcher Form sich Katharina von Bora öffentlich von den antisemitischen Tiraden ihres Mannes distanziert hat?"

Antwort:
Der Benennung einer Straße liegt eine persönliche Ehrung der Person zugrunde, Angehörige werden damit nicht in Verbindung gebracht. Der Name wurde von der Evangelischen Kirche in München vorgeschlagen, der Herr Oberbürgermeister befürwortete diesen Vorschlag. Ob und wie sich Katharina von Bora von ihrem Ehemann distanziert hat, ist für die persönliche Ehrung nicht relevant.

Zu Frage 2:
„Welche Anstrengungen bzw. Recherchen wurden über den familiären und politisch-theologischen Hintergrund der Katharina von Bora angestellt, um einen möglichen Image-Schaden von der Stadt München durch Umwidmung einer Münchener Straße an die Ehefrau eines bekannten ‚Antisemiten' zu verhindern?"

Antwort:
In dem Straßenbenennungsverfahren wurde wie üblich das Stadtarchiv eingeschaltet.

Zu Frage 3:
„Welche Anstrengungen haben Stadtrat und Oberbürgermeister nach Bekanntwerden des persönlichen und politisch-theologischen Hintergrundes der Katharina von Bora unternommen, um sich – um Schaden vom Ansehen der Stadt Münchens abzuwenden – von Gesinnung und Person der neuen Namensträgerin zu distanzieren (bitte dokumentieren!)"

Antwort:
Ihre Frage beruht auf einer unzutreffenden Unterstellung.

Zu Frage 4:
„Durch welche Bildungs- bzw. Aufklärungsmaßnahmen beabsichtigt der Oberbürgermeister künftig zu verhindern, dass durch Unkenntnis und fehlende Allgemeinbildung der zuständigen städtischen Entscheidungsträger auch künftig umzubenennende Münchner Straßen an ‚Antisemiten' bzw. Angehörige ihres persönlichen Umfeldes umgewidmet werden?"

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 3.

Zu Frage 5:
„Inwieweit hält es der Oberbürgermeister für vertretbar und dem Ansehen Münchens zumutbar, dass ausgerechnet in München, der früheren NS-‚Hauptstadt der Bewegung' noch heute eine ‚Martin-Luther-Straße' an einer ‚Martin-Luther-Kirche' – nämlich im Stadtteil Giesing – vorbeiführt?"

Antwort:
Bei der Person Martin Luther handelt es sich um einen bedeutenden Reformator aus dem 16. Jahrhundert. Er kann also in keiner Weise in Zusammenhang mit den Verbrechen und Antisemitismus des Nationalsozialismus im 20. Jahrhundert gebracht werden.

Zu Frage 6:
„Welche Kenntnis hat der Oberbürgermeister ggf. von Bestrebungen, auch die ‚Martin-Luther-Straße' sowie die ‚Martin-Luther-Kirche' umzuwidmen (bitte dokumentieren!)"

Antwort:
Keine.

Klarheit über die politisch motivierte Kriminalität in München – wer sind die wirklichen Polit-Kriminellen?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre nachstehende Anfrage vom 02.05.2008 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur zuständigen Beantwortung zugeleitet.

Ihre Anfrage zielt darauf ab zu erfahren, wie viel Straftaten mit politischen Hintergrund insbesondere von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund in München begangen wurden.

In Absprache mit dem Polizeipräsidium München können wir Ihre Fragen wie folgt beantworten:

Als Vorbemerkung dürfen wir festhalten, dass der überwiegende Teil der Beantwortung Ihrer Anfragen auch dem polizeilichen Sicherheitsreport 2007 hätte entnommen werden können.

Frage 1:
Wie viele „linksextremistisch" motivierte Straftaten wurden im Jahr 2007 in der bayerischen Landeshauptstadt München registriert (bitte mit Vergleich zu 2006)?

Antwort:
Im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links" wurden in 2007 insgesamt 250 Straftaten registriert (2006: 395 Straftaten).

Frage 2:
Wie viele davon wurden von Tätern mit „Migrationshintergrund" begangen (bitte prozentual und in absoluten Zahlen angeben)?

Antwort:
Dem PP München liegen Zahlen zu Straftaten vor, die entweder von Ausländern oder von Deutschen begangen worden sind. Straftaten durch Personen mit Migrationshintergrund können derzeit noch nicht statistisch erfasst werden.

Frage 3:
Wie viele „rechtsextremistisch" motivierte Straftaten wurden im Jahr 2007 in der bayerischen Landeshauptstadt München registriert (bitte im Vergleich zu 2006)?

Antwort:
Im Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts" wurden in 2007 insgesamt 284 Straftaten registriert (2006: 346 Straftaten).

Frage 4:
Wie viele davon wurden von Tätern mit „Migrationshintergrund" begangen (bitte prozentual und in absoluten Zahlen angeben)?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 5:
Wie viele sonstige politisch motivierte Straftaten wurden im Jahr 2007 in München von Tatverdächtigen mit „Migrationshintergrund" begangen? Wie haben sich die entsprechenden Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, zum Jahr 2004 und zum Jahr 2000 entwickelt?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 6:
Wie hoch lag der Anteil der sogenannten „Propagandadelikte" (Verstöße gegen §§ StGB 86, 86a) prozentual an allen "rechtsextremistisch" motivierten Straftaten im Jahr 2007?

Antwort:
Von 284 Straftaten mit politischer Motivation (rechts) lag der Anteil an Propagandadelikten in 2007 bei 188 Verstößen (66 %).

Frage 7:
Gibt es vergleichbare Delikte, die vorzugsweise von „linksextremistischen" Straftätern begangen werden?

Antwort:
Von 250 Straftaten mit politischer Motivation (links) lag der Anteil an Propagandadelikten in 2007 bei 38 Verstößen (15 %).

Frage 8:
Wie hoch lag der Anteil der Gewaltdelikte (prozentual) an allen „rechtsextremistisch" motivierten Straftaten in München im Jahr 2007 (bitte mit Vergleich zu den Jahren 2004 und 2000)?

Antwort:
Der Anteil der Gewaltdelikte an allen rechtsextremistisch motivierten Straftaten lag in 2007 bei 6 % (2001: 6,5 %), (2004: 5,4 %). Die Zahlen liegen erst seit 2001 in vergleichbarer Form vor.

Frage 9:
Wie hoch lag der Anteil der Gewaltdelikte (prozentual) an allen „linksextremistisch" motivierten Straftaten in München im Jahr 2007 (bitte mit Vergleich zu den Jahren 2004 und 2007)?

Antwort:
Der Anteil der Gewaltdelikte an allen linksextremistisch motivierten Straftaten lag in 2007 bei 9,6 % (2004: 16 %).

Frage 10:
Wie viele Fälle von „rechtsextremistisch" motivierter Gewalt gab es im Jahr 2007 in München insgesamt (absolute Zahlen)?

Antwort:
18 Straftaten.

Frage 11:
Wie viel Fälle von „linksextremistisch" motivierter Gewalt gab es in München insgesamt (absolute Zahlen)?

Antwort:
24 Straftaten.

Frage 12:
Welche Einschätzung trifft der Oberbürgermeister über die Entwicklung a) der „rechtsextremistischen", b) der „linksextremistischen", c) der von Tätern mit „Migrationshintergrund" zu verantwortenden politisch motivierten Kriminalität in München seit 2000?

Frage 13:
Welche Prognose stellt der Oberbürgermeister über die mutmaßliche künftige Entwicklung a) der „rechtsextremistischen", b) der "linksextremistischen", c) der von Tätern mit "Migrationshintergrund" zu verantwortenden politisch motivierten Kriminalität in München in den kommenden Jahren?

Antwort:
Bei Betrachtung der politisch motivierten Gesamtstraftaten (links wie rechts) seit 2001 zeigen sich divergierende Zahlen, die bei wenigen überdurchschnittlichen Erhöhungen in den unterschiedlichen Jahren unter anderem auf linke und rechte Reaktionen bei einzelnen, größeren Ereignissen (z. B. Protestaktionen anlässlich der Sicherheitskonferenz, verschiedene Links-Rechts-Auseinandersetzungen) zurückzuführen sind.
Es steht außer Frage, dass jede politisch motivierte Straftat eine zuviel ist, dennoch bewegt sich das Ausmaß dieser Taten für eine Großstadt wie München über die Jahre auf relativ niedrigem Niveau.

Lohnrückforderungen – auch in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 2.5.2008 führten Sie als Begründung aus:

Berichten u. a. des ARD-Magazins "Fakt" zufolge lässt es die Neuregelung der Insolvenzordnung zu, dass in Insolvenz geratene Unternehmen die in den letzten Monaten vor dem Firmenbankrott an Mitarbeiter gezahlten Löhne von diesen zurückfordern können. Diese Regelung gelte für den Fall, dass die bevorstehende Firmen-Insolvenz für die Arbeitnehmer "absehbar" war.

Vor der in Rede stehenden Neuregelung der Insolvenzordnung waren Löhne grundsätzlich unantastbar und wurden gegenüber Gläubigerforderungen sogar bevorzugt behandelt. Diese Regelung ist in der Neufassung der Insolvenzordnung gestrichen, was zur Folge hat, dass Arbeitnehmer z. B. mit Lieferanten gleichgestellt werden. Lohnforderungen sind demzufolge in einem "Forderungspool" einzubringen und werden gegebenenfalls mit einer Abfindungszahlung abgegolten. Laut Medienberichten wurde diese Praxis inzwischen auch durch mehrere Gerichtsentscheidungen bestätigt.

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung:
Die in der Anfrage gestellten Fragen gehen inhaltlich in der Anfrage von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE des Bundestags vom 05.09.2007 auf. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 19.09.2007 darauf hingewiesen, dass auch nach altem Recht Lohnnachzahlungen der Gefahr der Anfechtung ausgesetzt waren. Auf die auf der Homepage des Bundestags abrufbare Antwort in der Drucksache 16/6488 wird verwiesen.

Frage 1:
Sind Fälle von Lohnrückforderungen insolventer Firmen an ihre vormaligen Arbeitnehmer seit Jahresbeginn 2008 auch in München bekannt geworden?

Antwort:
Dem Referat für Arbeit und Wirtschaft sind keine Rückforderungen gegen ArbeitnehmerInnen in München bekannt. Von einer üblichen Praxis der Insolvenzverwalter oder Rechtsprechung kann derzeit nicht gesprochen werden.

Frage 2:
Wenn ja, um wie viele Fälle handelt es sich?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Welche Position nehmen Stadt und Oberbürgermeister gegenüber dieser Praxis ein?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 4:
Sieht der Oberbürgermeister Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene ein Abstellen dieser Praxis herbeizuführen, die nicht nur krass, unsozial, sondern auch geeignet ist, den sozialen Frieden massiv zu gefährden?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise auf den Unternehmensstandort München
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort: Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 2.5.2008 führten Sie als Begründung aus:

„Nach Angaben des Finanzdatenanbieters "Bloomberg" mussten bis März 2008 als Sorge der jüngsten Finanzkrise allein bei den Banken der Wall Street rund 34.000 Arbeitsplätze gestrichen werden; die Zahl könnte mittelfristig auf mehr als 100.000 steigen, berichtete die Nachrichten Agentur dpa am 25.03.2008"

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Über welche Informationen verfügt der Oberbürgermeister, wie viele Arbeitsplätze bei Münchner Firmen im Gefolge der jüngsten Finanzkrise gestrichen werden mussten?

Antwort:
Bislang liegen nur vereinzelte Meldungen eines geringen Stellenabbaus für Münchner Firmen vor, die bis zu einem gewissen Grad den aktuellen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanzmärkten zugeordnet werden können.

Frage 2:
Welche Unternehmensbranchen wurden nach den dem Oberbürgermeister vorliegenden Informationen in München besonders von der jüngsten Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen?

Antwort:
Von der Finanzmarktkrise sind naturgemäß vor allem die Unternehmen der Finanzbranche betroffen. In anderen Branchen könnten sich Auswirkungen ergeben, wenn sich aus der Finanzmarktkrise ein Konjunktureinbruch ergeben sollte.

Frage 3:
Inwieweit wurde von welchen Institutionen (ggfs. Landesbank, Wirtschaftsverbände, Unternehmensvereinigungen etc.) versucht, die Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise auf die Münchner Wirtschaft abzudämpfen?

Antwort:
Die Finanzmärkte sind national wie international sehr stark verflochten, so dass ein Versuch, Auswirkungen auf die Münchner Wirtschaft abzudämpfen, keine Grundlage hätte. Selbstverständlich setzen sich entsprechende Institutionen auf den verschiedensten Ebenen derzeit intensiv mit den Ursachen und deren Behebung auseinander.

Frage 4:
Mit welchem Erfolg?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 3.

Liegezeiten auf Münchner Friedhöfen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Referat für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Die Liegezeiten für Bestattete auf öffentlichen Friedhöfen unterscheiden sich je nach Konfession z. T. erheblich. So werden beispielsweise in Dortmund und Oberhausen für Bestattete christlichen Glaubens Liegezeiten zwischen 20 und 30 Jahren veranschlagt, für Moslems dagegen 50 Jahre. Für Bestattete jüdischen Glaubens bestehen offenbar keine Beschränkungen der Liegezeit."

Herr Oberbürgermeister Ude hat uns Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die einzelnen Punkte Ihrer Anfrage können wir wie folgt beantworten:

Frage 1:
Wie sind die Liegezeiten auf Münchner Friedhöfen für Verstorbene a) christlichen, b) muslimischen, c) mosaischen Glaubens geregelt? (bitte Fundstelle der Vorschrift angeben!)

Antwort:
Die Ruhezeiten für Leichen und Aschen auf den Münchner Friedhöfen betragen grundsätzlich 10 Jahre - siehe § 14 Abs. 1 und 2 der Satzung über die Bestattungseinrichtungen der Landeshauptstadt München (Friedhofsatzung) -. Eine Unterscheidung nach bestimmten konfessionellen Zugehörigkeiten ist in der Satzung nicht getroffen.
In § 14 Abs. 3 ist geregelt, dass die Friedhofverwaltung bei Vorliegen zwingender Gründe, wie abweichende Bodenbeschaffenheit oder bestimmte Vorbehandlung der Leiche, diese verlängern oder verkürzen kann.

Frage 2:
Welche „Geschäftsgrundlage" gibt es für ggf. längere Friedhofsliegezeiten für nichtchristliche Bestattete auf Münchner Friedhöfen? Bitte etwaige Vereinbarungen mit Vertretern der fraglichen Glaubensgemeinschaften angeben; a) mit muslimischen, b) mit mosaischen Vertretern.

Antwort:
Die Friedhofverwaltung hat weder mit der evangelischen und katholischen Kirche, noch mit Vertretern der muslimischen Glaubensgemeinschaften, noch mit Vertretern der Israelitischen Kultusgemeinde gesonderte Vereinbarungen über besondere Ruhefristen auf Münchner Friedhöfen getroffen.

Frage 3:
Auf welchen Münchner Friedhöfen gibt es derzeit ggf. räumlich abgegrenzte Areale für a) muslimische Bestattung, b) Bestattungen von Verstorbenen mosaischen Glaubens? (Bitte detailliert auflisten!)

und Frage 4:
Wie viele a) muslimische Gräber, b) Gräber für Bestattete mosaischen Glaubens gibt es derzeit auf Münchner Friedhöfen? (bitte möglichst aktuellen Stand angeben, aufgelistet nach Friedhöfen)

Antwort auf beide Fragen:
Gräberfelder, bzw. Teile davon, für Verstorbene muslimischen Glaubens sind auf dem Waldfriedhof (241), dem Neuen Südfriedhof (235) und dem Westfriedhof (384) eingerichtet.
Auf dem Waldfriedhof besteht ein Gräberfeld für die Mitglieder der Liberalen Jüdischen Gemeinde (147).
Träger der jüdischen Friedhöfe ist die Israelitische Kultusgemeinde, nicht die Landeshauptstadt München.

Münchner Patienten in der Hand von Kapitalgesellschaften?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Referat für Gesundheit und Umwelt:

In Ihrer Anfrage führen Sie aus, dass *„einer Regelung des V. Sozialgesetzbuches zufolge ... Krankenkassen mit Kapitalgesellschaften Verträge über die Organisation der ambulanten und stationären Patientenversorgung abschließen (können)."*

Zu Ihrer Anfrage vom 02.05.2008 nimmt das Referat für Gesundheit und Umwelt wie folgt Stellung:

Frage 1:
Über welche Informationen verfügt der Oberbürgermeister darüber, ob und in welchem Ausmaß Münchner Patienten ebenfalls bereits von vergleichbaren Kooperationen zwischen Krankenkassen und privaten Kapitalgesellschaften betroffen sind?

Antwort:
Seit dem 1. Januar 2004 können im Gesundheitswesen Verträge zur sog. Integrierten Versorgung abgeschlossen werden. Mit den Verträgen soll die Qualität und Effizienz in der Versorgung von Patienten verbessert werden. Die Umsetzung der Integrierten Versorgung hat der Gesetzgeber Krankenkassen und ärztlichen und nichtärztlichen Leistungserbringern übertragen. Für die Umsetzung ist die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zuständig. Die Organisation der Leistungserbringung im Gesundheitswesen sowie der Integrierten Versorgung ist den Vertragspartnern überantwortet. Die Kommunen sind in dieser Leistungskette nicht beteiligt.

Der Stadt liegen keine näheren Informationen, z. B. zur Zahl der Patienten aus München, die an Verträgen zur integrierten Versorgung teilnehmen, vor.

Für Münchner Patientinnen und Patienten ist die Teilnahme an diesen besonderen Versorgungsformen freigestellt.

Frage 2:
Über welche Informationen verfügt der Oberbürgermeister darüber, ob und in welchem Ausmaß an Münchner Krankenhäusern erbrachte Dienst-

leistungen Gegenstand vergleichbarer Kooperationsverträge zwischen Krankenkassen und privaten Kapitalgesellschaften sind?

Antwort:
In den Kliniken der Städt. Klinikum München GmbH (StKM) werden keine Dienstleistungen im Rahmen von Vertragsverhältnissen der StKM mit den Firmen Ventario bzw. Healthways erbracht. Stationäre Leistungen für Versicherte der AOK Bayern bzw. der DAK, die in den Kliniken der StKM behandelt werden, werden ausschließlich direkt mit diesen Krankenkassen bzw. bei ambulanten Leistungen mit der zuständigen kassenärztlichen Vereinigung nach den gesetzlichen Regelungen abgerechnet. Ob bzw. inwieweit die genannten Krankenkassen ggfs. Kooperationsverträge bezogen auf diese Versicherten abgeschlossen haben, ist der StKM nicht bekannt.

Über Verträge von Krankenkassen mit Münchner Krankenhäusern, die nicht in städtischer Trägerschaft stehen, ist nichts bekannt.

Frage 3:
Welche Möglichkeit sieht der Oberbürgermeister gegebenenfalls, der weiteren Veräußerung medizinischer Dienstleistungen – und zwar im ambulanten wie im stationären Bereich – im Rahmen von Kooperationsmodellen zwischen Krankenkassen und privaten Kapitalgesellschaften auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken?

Antwort:
Ärztliche und zahnärztliche Leistungen für die Versorgung von Patientinnen und Patienten können grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen nur von approbierten und zugelassenen Ärzten, Zahnärzten oder zugelassenen Krankenhäusern erbracht werden. Die Verantwortung für Kooperationen der Krankenkassen mit Gesellschaften zur Patientenbetreuung, zur Ablaufoptimierung oder ähnlicher Leistungen, obliegt den Krankenkassen.

Durch Integrationsversorgung soll die traditionelle Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zum Vorteil der Patientinnen und Patienten überwunden werden. – Falls der Stadt München Einschränkungen in der Versorgung bekannt würden, würden das Referat für Gesundheit und Umwelt dies im Rahmen seiner Gremienarbeit aufgreifen.

Der Oberbürgermeister schließt sich der Stellungnahme des Referates für Gesundheit und Umwelt an.

Wie gesund leben Münchner Kinder?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Referat für Gesundheit und Umwelt:

Mit Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf einen Zeitungsbericht über die Studie des Kinderhilfswerks UNICEF, wonach deutsche Kinder unter schlechteren Bedingungen aufwachsen, als Kinder in Skandinavien oder Frankreich.

Im Rahmen der Leitlinie Kinder- und Familienpolitik, die am 09.05.2007 im Stadtrat beschlossen wurde, hat das Sozialreferat/Stadtjugendamt die Einführung eines regelmäßig erscheinenden Münchner Familienberichts vorgeschlagen. Dieser wird
a) kontinuierlich aufzeigen, wie sich die Lebenssituation von Kindern und Familien in der Landeshauptstadt München mit Berücksichtigung der regionalen Unterschiede darstellt sowie
b) Wirkungen und Konsequenzen der Umsetzung von Maßnahmen der kommunalen Kinder- und Familienpolitik zur Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit in München zeigen.
Das Sozialreferat/Stadtjugendamt orientiert sich an den Dimensionen und Kategorien des UNICEF Berichtes, um das Wohlergehen der Münchner Kinder auch in der interkommunalen Zusammenschau vergleichbar zu machen.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Sozialreferates sowie des Schul- und Kultusreferates wie folgt:

Frage 1:
Welche Vergleichszahlen liegen für Lebensbedingungen und Gesundheit von Kindern in München vor?

Antwort:
Die derzeit bereits vorhandene Sozial-, Gesundheits- und Bildungsberichterstattung in München umfasst eine Vielzahl an einzelnen Berichten für München (z. B. Münchner Armutsbericht, Münchner Bildungsbericht, Münchner Gesundheitsberichte, Monitoring Sozialreferat, Datenerfassung der städtischen Kindertagesbetreuung), die in regelmäßigen Abständen weiter entwickelt bzw. fortgeschrieben werden. In den genannten Berich-

ten sind bereits umfassend Daten zu den in dem erwähnten UNICEF-Bericht aufgelisteten Dimensionen erfasst.

Für den gesundheitlichen Bereich sind nur wenige Vergleichszahlen (Säuglingssterblichkeit, Todesfälle durch Unfälle und Verletzungen) aus der amtlichen Statistik verfügbar. Weitere Vergleichzahlen (z. B. Übergewicht, Impfstatus) stehen aus den Schuleingangsuntersuchungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) zur Verfügung. Die für alle Kinder in Bayern im Rahmen der Schulgesundheitspflege verpflichtende Schuleingangsuntersuchung im Alter von fünf bis sieben Jahren wird für München jährlich durch das RGU durchgeführt, statistisch vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) erfasst und im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung (GBE) veröffentlicht. (Siehe zuletzt die Sitzungsvorlage "Kinder- und Jugendgesundheit" Nr. 02-08/V 09491 behandelt im Gesundheitsausschusses vom 7.3.2007 und in der Vollversammlung am 15.03.2007)

Frage 2:
Welche Vergleichszahlen liegen insbesondere für Münchner Kinder a) mit Migrationshintergrund und b) ohne Migrationshintergrund vor?

Antwort:
Alle erfassten Daten der Schuleingangsuntersuchung liegen differenziert nach deutscher und nicht-deutscher Muttersprache der Eltern vor.(siehe auch die Berichte der GBE "Migration und Gesundheit" und "Gesundheit von Vorschulkindern in München" unter www.muenchen.de/gbe).

Frage 3:
Welche Institutionen außerhalb des städtischen Gesundheitsamtes verfügen über bzw. generieren aussagekräftige Daten zur Gesundheit von Münchner Kindern im besonderen, der Münchner Stadtbevölkerung im allgemeinen?

Antwort:
- Amtliche Statistiken des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung
- Todesursachenstatistik nach ICD10 (u. a. Säuglingssterblichkeit, Suizide, Unfälle)
- Krankenhausdiagnosestatistiken nach Alter und Geschlecht.

- Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) im Rahmen der GME (Gesundheits-Monitoring-Einheiten) aus den Einschuljahrgängen 2005, 2006 und 2007 von ca. 1.500 Einschulkindern aus München, angegliedert an die jährliche, landesweite Erfassung der Schuleingangsuntersuchung.
- Krankenkassendaten
- Einzelne Studien (GSF, Universitäten) und des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (z. B. GME Elternfragebogen).
- Daten des Versorgungsamts zu Behinderungen.
- Daten einzelner Beratungs- und Behandlungseinrichtungen zu ihrer jeweiligen Klientel.
- Daten der Kassenärztlichen Vereinigung.
- Daten aus dem Münchner Gesundheitsmonitoring (siehe die Veröffentlichungen der GBE unter *www.muenchen.de/gbe*).

Wie leben Münchner Schüler mit dem G 8?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner:

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt: „Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G 8) ist nach wie vor umstritten. Erst im März 2008 forderte die „G 8-Eltern-initiative Ingolstadt" von der bayerischen Kultuspolitik eine „verlässliche Oberstufengestaltung" für die ersten G 8-Klassen. Ganz allgemein klagen Schüler und Eltern über mehr Stress und ausgedünnte Lehrplaninhalte infolge der G 8-Einführung."

Zu den einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Vorbemerkung:

Die Landeshauptstadt München als kommunale Schulträgerin ist ausschließlich für die 14 städtischen Gymnasien zuständig; nur für diese können die nachfolgenden Aussagen getroffen werden.

Frage 1:
Welche Erfahrungen mit dem achtjährigen Gymnasium G 8 liegen speziell in München vor?

Antwort:
Infolge der als Konsequenz auf die Einführung des G 8 definierten stadtspezifischen Standards im Hinblick auf Ganztagsangebote, intensive Förderung und Rhythmisierung konnte ein vernünftiger Weg hinsichtlich einer gezielten Unterstützung der Schülerinnen und Schüler zur Bewältigung der durch G 8 verursachten Umstände gefunden werden.

Frage 2:
Von welcher bzw. welchen Institutionen wurden die Erfahrungen, die Münchner Gymnasien mit dem G 8 machten, dokumentiert, registriert und ausgewertet?

Antwort:
Der Erfahrungsprozess mit dem achtjährigen Gymnasium kann noch nicht abgeschlossen sein, da einerseits bislang lediglich die Jahrgangsstufen 5 - 9 durchlaufen worden sind, andererseits fortlaufend seitens des Staatsministeriums strukturelle Veränderungen verfügt werden, die eine empirische

Beobachtung und Bewertung erschweren. Unabhängig davon dokumentieren die Einzelschulen fortlaufend ihre Erfahrungen, übermitteln diese dem Schulreferat, wonach in einem intensiven Dialog erforderliche Anpassungen in einem kontinuierlichen Veränderungsprozess vorgenommen werden.

Frage 3:
Wenn ja: welche Münchner Gymnasien wurden für den Befund herangezogen? Nach welchen Kriterien wurden die beobachteten bzw. untersuchten Gymnasien ausgewählt?

Antwort:
Der „Münchner Weg" des achtjährigen Gymnasiums bezieht alle kommunalen Gymnasien mit ein.

Frage 4:
Von welcher bzw. welchen Institutionen wurden ggf. Erfahrungen betroffener Schüler und ihrer Familien mit dem G 8 dokumentiert und ausgewertet?

Antwort:
Im Rahmen des schulspezifischen QSE-Prozesses werden unter Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler sowie der Erziehungsberechtigten Maßnahmen evaluiert; in den durch die Schulordnung für die Gymnasien in Bayern (GSO) bestimmten Gremien (Schulforum, Elternbeirat, Lehrerkonferenz) werden eventuelle Konsequenzen aus den Befunden erörtert und je nach Zuständigkeit darüber entschieden.

Illegale Billiglohn-Konkurrenz auf dem Münchner Pflege-Markt?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

In Ihrer Anfrage vom 02.05.2008 nehmen Sie Bezug auf die Medienberichterstattung, u. a. der Süddeutschen Zeitung vom 12.03.2008, und greifen die Thematik der illegalen Pflege auf.

Zu Ihrer Anfrage vom 02.05.2008 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
In welcher Größenordnung bewegt sich die illegale Beschäftigung osteuropäischer Billiglohnkräfte im Pflegesektor in der bayerischen Landeshauptstadt? (Bitte Quellen angeben!)

Antwort:
Da hier die Größenordnung illegaler Beschäftigung abgefragt wird, kann aufgrund der naturgemäß fehlenden Statistik zu illegaler Beschäftigung keine Angabe erfolgen.

Frage 2:
Welche Einschätzung kann der Oberbürgermeister hinsichtlich der von Medien zitierten Prognose von Sozialreferent Graffe treffen, die osteuropäische Konkurrenz werde den einheimischen Pflegemarkt verändern? Mit welchen Veränderungen ist nach Auffassung des Oberbürgermeisters zu rechnen?

Antwort:
Hier ist auf die Einschätzungen der Berufs- und Fachverbände (z. B. www.dbfk.de/download/download/pospap-illegale-Beschaeftigung-2006-10-16.pdf) und die Beschlussvorlage: "Mc Pflege" bald auch in München? Ist „Mc Pflege" die Konsequenz aus der chronisch unterfinanzierten Pflegeversicherung – und damit die Zukunft der ambulanten Pflege?, Sozialausschuss am 28.02.2008 (Punkt 9, Seite 12 ff) zu verweisen.

Frage 3:
Inwieweit liegen bereits Stellungnahmen vonseiten der Pflegefachgesellschaften (z. B. der DBfK) vor, was die Auswirkungen der vermehrten Prä-

senz osteuropäischer Billig-Pflegekräfte auf die Einhaltung der geltenden Qualitätsempfehlungen für die Pflege- und Intensivpflegedienste angeht?

Antwort:
Positionen von Berufs- und Fachverbänden liegen vor (siehe Beschlussvorlage: „Mc Pflege" bald auch in München? Ist „Mc Pflege" die Konsequenz aus der chronisch unterfinanzierten Pflegeversicherung – und damit die Zukunft der ambulanten Pflege?, Sozialausschuss am 28.02.2008, Punkt 5, Seite 8 ff).

Frage 4:
Falls nein, wurde bereits ein diesbezügliches Fachgespräch mit den Pflegefachgesellschaften durchgeführt? Oder ist beabsichtigt, ein solches Fachgespräch zu führen?

Antwort:
Entfällt.

Frage 5:
Will die Stadt München an der von Sozialreferent Graffe skizzierten Linie festhalten, wonach „Öffentlichkeit und Politik (...) diese Dienstleistungsform de facto akzeptiert" hätten? Wenn ja, warum?

Antwort:
Zunächst handelt es sich um die in oben genannter Beschlussvorlage aufgezeigte Problemlage (Punkt 3, Seite 5) und nicht um die Linie des Sozialreferenten bzw. der Landeshauptstadt München. Des Weiteren erfolgen sukzessiv auf Bundesebene Gesetzesreformen, wie das Pflegeweiterentwicklungsgesetz, das zeitgemäße Entwicklungen aufgreift und entsprechende Regelungen vorgibt. Es wird zudem auf die oben genannte Beschlussvorlage verwiesen. Der Münchner Stadtrat beschloss am 28.02.2008, dass entsprechendes Informationsmaterial für pflegende Angehörige und die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Was treibt die „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

Folgender Sachverhalt liegt Ihrer Schriftlichen Anfrage vom 02.05.2008 zugrunde:

„Seit 2007 berät die so genannte „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" mit Sitz in Bad Alexandersbad Projekte gegen „Rechtsextremismus". Eingerichtet wurde die Stelle vom sogenannten „Bayerischen Bündnis für Toleranz", dem sich u. a. die Evangelische Landeskirche, das Erzbistum München-Freising sowie das Innen- und Kultusministerium angeschlossen haben."

Zu Ihrer Anfrage vom 02.05.2008 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Welche Projekte wurden von der „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" seit ihrer Gründung 2007 in der bayerischen Landeshauptstadt München gefördert, beraten oder auf andere Weise unterstützt (bitte auflisten und Art der Projekte sowie Art der Unterstützung angeben – Beratung, finanzielle Unterstützung etc.)

Antwort:
Zur Information über die Arbeit der „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" wird auf die im Internet vorliegenden Informationen der Evangelisch Lutherischen Kirchen in Bayern verwiesen.

Dem Sozialreferat liegen bisher keine Informationen über Aktivitäten der „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" in München vor. In Anbetracht der zur Verfügung stehenden Zeit sind weitergehende Recherchen nicht möglich.

Frage 2:
Wie bemisst der Oberbürgermeister den Erfolg von Projekten der „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" in München?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Welche Informationen liegen dem Oberbürgermeister darüber vor, ob und von welchen Institutionen ggf. die Einrichtung einer analogen "Projektstelle gegen Linksextremismus" geplant ist?

Antwort:
Darüber liegen keine Informationen vor.

Frage 4:
Welche Informationen liegen dem Oberbürgermeister darüber vor, ob und von welchen Institutionen ggf. die Einrichtung einer analogen "Projektstelle gegen Ausländer-Extremismus" geplant ist?

Antwort:
Darüber liegen keine Informationen vor.

Frage 5:
Wenn Fragen 3. und 4. negativ beantwortet werden: Welche Haltung vertritt der Oberbürgermeister zu der Tatsache, dass es zwar eine landesweit tätige „Projektstelle gegen Rechtsextremismus" gibt, nicht aber vergleichbare und gleichwertig ausgestattete „Projektstellen" gegen Links- und Ausländer-Extremismus?

Antwort:
Hierzu wird auf das „Münchner Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat" verwiesen, das der Oberbürgermeister vor über 10 Jahren einberufen hat und seither leitet. Dieses Bündnis tritt dafür ein,

- dass extremistische Kräfte gleich welcher Richtung und ausländerfeindliche Stimmungsmache keinen Boden gewinnen,
- dass Toleranz und Verständnis für andere Kulturen als Grundvoraussetzung friedlichen Zusammenlebens in einer Großstadt offensiv vertreten und nicht verächtlich gemacht werden,
- dass demokratische und rechtsstaatliche Verfahren als Schutz und Chance für alle begriffen werden und nicht in Misskredit geraten.

„Interkulturelle Öffnung" als „strategisches Ziel" der Münchner Stadtpolitik – hier: Beschäftigung von Arbeitskräften mit „Migrationshintergrund" in der Münchner Verwaltung u. a.
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

In der oben genannten Anfrage führen Sie Folgendes aus:
„Nach Angaben des Statistischen Amtes der Stadt München lag der Anteil von AusländerInnen (sic) an der Münchner „Hauptwohnsitzbevölkerung" mit Stand vom 31.12.2005 bei 23,3 Prozent. Gleichzeitig liegt laut Selbstdarstellung der beim Münchner Sozialreferat angesiedelten „Stelle für interkulturelle Arbeit" ein „wesentlicher Beitrag der Landeshauptstadt München zur Gestaltung von Integrationsprozessen (...) in der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung"; diese „interkulturelle Orientierung" habe nachgerade „strategische Funktion" (alle Zitate nach: www.muenchen.de/interkult)."

Zu Ihrer Anfrage vom 02.05.2008 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen Stellung. Zu den Fragen 1 bis 5 wurde die Stellungnahme des zuständigen Personal- und Organisationsreferates eingeholt.

Frage 1:
Welchen quantitativen Ansatz verfolgt die von der Stadtverwaltung angestrebte „interkulturelle (...) Öffnung der kommunalen Verwaltung"? Wird angestrebt, dass sich der jeweils aktuelle Anteil von Menschen mit „Migrationshintergrund" an der Münchner Bevölkerung in einem adäquaten Anteil von Beschäftigten mit „Migrationshintergrund" an den in der kommunalen Verwaltung Beschäftigten niederschlägt? (laut Selbstauskunft der „Stelle für interkulturelle Arbeit" wurden „operationalisierte Ziele aller Verwaltungseinheiten zur interkulturellen Orientierung und Öffnung" sowie aussagekräftige „Zielerreichungsquoten" formuliert).

Antwort:
Die Erhöhung des Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund an der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung stellt ein wichtiges Ziel der interkulturellen Orientierung und Öffnung dar.
Die Einstellung von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. Soziale und interkultu-

relle Kompetenzen aller Bewerberinnen und Bewerber werden je nach Anforderungsprofil und Stelle berücksichtigt.
Auf interkulturelle Kompetenz der Bewerberinnen und Bewerber wird insbesondere bei der Besetzung von Stellen, bei denen häufig interkulturelle Arbeitssituationen auftreten, Wert gelegt.

Frage 2:
Wenn ja: inwieweit konnte dieser Ansatz verwirklicht werden?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Wie viele Beschäftigte mit „Migrationshintergrund" sind derzeit bei Einrichtungen der kommunalen Verwaltung sowie anderen kommunalen Dienstleistern (Städtische Bibliotheken, Schwimmbäder, Friedhofsverwaltung etc.) beschäftigt? (Bitte möglichst aktuellen Stand angeben – Aufgliederung bitte möglichst detailliert für die städtischen Referate! Bitte in absoluten Zahlen und Prozentanteilen angeben!)

Antwort:
Die Begriffe „Migrantin" und „Migrant" sind der Überbegriff für alle Menschen, die zugewandert sind, sei es durch Aus- und Übersiedlung, Arbeitsmigration, Familiennachzug oder Flucht. Der Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund" umfasst sowohl Migrantinnen und Migranten als auch Menschen, deren Eltern zugewandert sind, als auch Kinder aus binationalen Ehen. Diesbezügliche Angaben zu den städtischen Beschäftigten liegen, außer für den Bereich der Nachwuchskräfte, nicht vor.

Daten zum Migrationshintergrund des Personals bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften sind uns nicht bekannt. Die Beantwortung würde einen erheblichen Aufwand auslösen.

Frage 4:
Wie hoch ist der Anteil „Führungskräfte sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund" bei der Münchner Stadtverwaltung (bitte für jedes städtische Referat angeben!)?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 3.

Frage 5:
Wie hoch ist der Anteil der „Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund" bei der Münchner Stadtverwaltung (bitte für jedes städtische Referat angeben!)?

Antwort:
Der Stadtrat der Landeshauptstadt München wird laufend über die Ausbildungszahlen und die Ausbildungssituation informiert. Die gewünschten Daten liegen dem Stadtrat bereits vor, diese wurden mit den Bekanntgaben und Beschlüssen „Ausbildung im Hoheitsbereich und der Gesellschaften 2007" am 12.12.2007, „Neue Wege in der Beschäftigungspolitik" am 11.12.2007 und „Kampagne für mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund" am 21.11.2007 dem Stadtrat mitgeteilt und können im Ratsinformationssystem (RIS) abgerufen werden. Neuere Zahlen liegen derzeit nicht vor. Die nächste Bekanntgabe im Stadtrat erfolgt automatisch im Dezember 2008 mit der jährlichen Bekanntgabe „Ausbildung im Hoheitsbereich und der Gesellschaften".

Frage 6:
Laut Selbstdarstellung der „Stelle für interkulturelle Arbeit" kommt der städtischen Verwaltung bei der Umsetzung der „interkulturellen Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung" eine „Vorbildfunktion" zu, und zwar insbesondere mit Blick auf die „interkulturelle Orientierung und Öffnung der sozialen Einrichtungen (...), der Schulen sowie der städtischen Gesellschaften": in welcher Weise – quantitativ und/oder qualitativ – nimmt die Stadtverwaltung diese „Vorbildfunktion" konkret wahr?

Antwort:
Schon seit Jahren sind die Fachreferate der Landeshauptstadt München deutschlandweit vorbildlich im Bereich der interkulturellen Orientierung und Öffnung. Einen detaillierten Einblick bietet die Veröffentlichung: „Fachtagung – kommunale Integrationspolitik 2005", die im Internet unter *www.muenchen.de/interkult* – Publikationen zu finden ist.
Dass München führend auf diesem Gebiet ist, beweist der Ende April 2008 verliehene erste Preis eines von der Bundesregierung ausgelobten Wettbewerbes „Kulturelle Vielfalt in der Ausbildung" in der Kategorie „Öffentliche Einrichtungen".

Frage 7:
Laut Selbstdarstellung der „Stelle für interkulturelle Arbeit" hat die von der Stadt verfolgte „interkulturelle Orientierung (...) Beteiligung an Veränderungsprozessen zum Ziel", die auch die „Mehrheitsgesellschaft bzw. die aufnehmende Gesellschaft" betreffen: welche konkret angestrebten „Veränderungsprozesse", denen die Münchner „Mehrheitsgesellschaft" - möglicherweise, ohne darüber informiert oder befragt worden zu sein – ausgesetzt ist, sind damit gemeint?

Antwort:
Es handelt sich hierbei um einen in einer Einwanderungsgesellschaft stattfindenden Prozess des Aufeinanderzugehens von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, der in allen Bereichen stattfindet. Populär ausgedrückt heißt das, um in den Worten der Bundesregierung zu sprechen: „Integration ist keine Einbahnstraße".

Frage 8:
Wie legitimiert die Stadtverwaltung die von der „Stelle für interkulturelle Verwaltung" formulierten Veränderungs- und Öffnungs-Ziele, die über die kommunale Verwaltung hinaus auch in die „Mehrheitsgesellschaft" implementiert werden sollten?

Antwort:
Eine solche Öffnung kann nur im beiderseitigen Dialog erfolgen. Diesen Dialog hat die Stadt München 2006 mit der Diskussion des interkulturellen Integrationskonzeptes intensiviert. In einem Jahr wurde auf über 50 Veranstaltungen mit über 1500 Personen aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft das Konzept diskutiert und Überlegungen zur Umsetzung angestellt. Am 20.02.2008 hat der Stadtrat einstimmig das Integrationskonzept beschlossen.
Der Dialog wird fortgesetzt und findet seine institutionelle Verankerung unter anderem in der Stadtratskommission für Integration, in der Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Wohlfahrts- und Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften, Migrantenorganisationen, Kirchen und Hochschulen vertreten sind.
Die Kommunen folgen hier der Politik der Bundesregierung, die die Bundesrepublik als Einwanderungsland definiert und entsprechende Arbeitsgremien (z. B. Integrationsgipfel) eingerichtet hat, um diesen Prozess zu stützen.

Frage 9:
Laut Selbstdarstellung der „Stelle für interkulturelle Arbeit" drückt sich die „Bereitschaft" der „Aufnahmegesellschaft" zur Integration von Menschen mit „Migrationshintergrund" „unter anderem in der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Verwaltung aus": wann und in welcher Weise wurde die Münchner „Aufnahmegesellschaft" über ihre hier vorausgesetzte „Bereitschaft" zur Integration von Menschen mit „Migrationshintergrund" befragt? (bitte ggf. erfolgte Bürgerbefragung o. ä. dokumentieren!)

Antwort:
Die Ziele der Integrationspolitik sind in den Programmen der politischen Parteien auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene verankert. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden bei den Wahlen darüber, ob sie diesen Zielen folgen. Die Verwaltung setzt die Aufträge der Regierungen bzw. des Stadtrates um. Im Übrigen verweise ich auf die in der Antwort zu Frage 8 bereits genannten über 50 Veranstaltungen, in denen das Integrationskonzept und seine Ziele umfassend erläutert und insgesamt überaus positiv aufgenommen wurden.

Frage 10:
Inwieweit fand über die von der „Stelle für interkulturelle Verwaltung" formulierten „interkulturellen" Veränderungs-, Orientierungs- und Öffnungsziele eine Information der Münchner "Aufnahmegesellschaft" statt (bitte dokumentieren: ggf. Informationsmaterialien der Stadt bzw. der „Stelle für interkulturelle Arbeit" mit Erscheinungsdatum, Autoren und Auflagenzahlen; ggf. Informationsveranstaltungen der Stadt, der „Stelle für interkulturelle Arbeit" und ggf. weiterer damit betrauter Institutionen mit Datum und Ort)?

Antwort:
Angesichts der Fülle von Informationsmaterialien, Fachtagen und Veranstaltungen aller Fachreferate und deren Kooperationspartner, die die Bereiche interkulturelle Orientierung und Öffnung betreffen, ist es nicht möglich, diese Frage in den gewünschten Details in einem vertretbaren Aufwand zu beantworten. Die Informationsmaterialien und Hinweise auf Veranstaltungen des Sozialreferates, Stelle für interkulturelle Arbeit finden Sie im Internet unter www.muenchen.de/interkult.

Über die Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich des Integrationskonzeptes wurde der Stadtrat bei der Verabschiedung des Integrationskonzeptes im Februar 2008 informiert: „Seit dem Beschluss der Vollversammlung vom

23.11.2006 führten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stelle für interkulturelle Arbeit monatlich mehrere Veranstaltungen durch, um das Integrationskonzept vorzustellen, zur Diskussion zu stellen und möglicherweise zu modifizieren. Insgesamt wurden auf über 50 Veranstaltungen ca. 1.500 Personen direkt angesprochen und mit ihnen diskutiert. Ca. 80 % dieser Veranstaltungen fanden auf Anfragen der unterschiedlichsten Gruppen statt. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass das Konzept in der Öffentlichkeit bekannt ist und die Institutionen die Gelegenheit nutzten, in die vom Stadtrat gewollte Diskussion einzusteigen. Diskutiert wurde das Konzept auf drei Großveranstaltungen in Kooperation mit Migrantinnen- und Migrantenselbstorganisationen, Bildungseinrichtungen, städtischen Dienststellen und freien Trägern, Münchner zivilgesellschaftlichen, politischen und religiösen Akteurinnen und Akteuren sowie auf überregionalen Tagungen.

Diese Vereine, Bildungseinrichtungen, Verbände, Parteien etc. spiegeln das kulturelle, soziale und politische Leben unserer Stadt wieder." (zitiert aus dem Beschluss der Vollversammlung vom 20.02.2008)

Zivilcourage?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

Sie zitieren in Ihrer Anfrage eine Meldung der „Süddeutschen Zeitung" vom 23./24.02.2008. Der zufolge haben „einige Münchner Institutionen des öffentlichen Dialogs „zu "mehr Zivilcourage und Aufmerksamkeit" aufgerufen. Begründet wurde der Aufruf unter anderem damit, dass „Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog (...) gezielt gestört" würden und „sogar teils unter Polizeischutz gestellt" werden mussten.

Zu Ihrer Anfrage vom 02.05.2008 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Welche Institutionen des „öffentlichen Dialogs" haben über die in Presseberichten erwähnten Institutionen hinaus – Volkshochschule, Idizem-Interkulturelles Dialogzentrum, evangelische Stadtakademie, Kulturzentrum der Israelitischen Kultusgemeine – den Aufruf zu „mehr Zivilcourage und Aufmerksamkeit" unterstützt? (bitte vollständige Auflistung!)

Antwort:
Der Aufruf „Mehr Zivilcourage und Aufmerksamkeit" ist eine zivilgesellschaftliche Initiative und fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung.

Frage 2:
Welche und wie viele „Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog" wurden seit dem Jahr 2003 in München „gezielt gestört"? (Bitte detailliert unter Angabe des Veranstalters, des Themas aufführen!)

Frage 3:
Welche und wie viele "Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog" wurden seit dem Jahr 2003 in München gestört und mussten "sogar unter Polizeischutz" gestellt werden?

Antwort zu Frage 2 und 3:
Bei dem stadtweit vielfältigen Angebot an Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog unterschiedlichster Träger hat die Stadtverwaltung keine umfassenden Kenntnisse darüber, welche Veranstaltungen wo und von wem

gestört wurden. Von den fünf Veranstaltungen der Reihe "Vielfalt ist machbar – Zusammenleben aktiv gestalten", die die Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit gemeinsam mit der Muslimischen Akademie Deutschland, der Akademie für Politische Bildung Tutzing und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt hat, wurden zwei Veranstaltungen gestört:
Am 04.07.2007 die Tagung „Die deutsche Islamkonferenz" und am 18.07.2007 die Veranstaltung "Scharia und Grundgesetz". Letztere wurde abgebrochen, der Dozent erhielt Morddrohungen. Deshalb wurde bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Der Vorfall ist dort aktenkundig. Die weiteren drei Veranstaltungen standen dann unter Polizeischutz.

Frage 4:
Um wen handelte es sich bei den unter 3. und 4. aufgeführten Fällen bei den Störern?

Antwort:
In diesem Falle ermittelt die Staatsanwaltschaft. Näheres entzieht sich den Kenntnissen der Stadtverwaltung.

Wie effizient sind „Integrationskurse" in München – und wie kostspielig?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2008

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

In Ihrer Anfrage führen Sie folgenden Sachverhalt aus:
„Nach Auskunft des Münchner Amtes für Wohnen und Migration wurden mit Stand vom Mai 2007 in München von insgesamt 29 Trägern an 66 Orten im Stadtgebiet sogenannte „Integrationskurse" nach dem Zuwanderungsgesetz angeboten. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge lag der Anteil der Kursabsolventen, die die Abschlussprüfung erfolgreich bestehen bei rund 40 Prozent."

Zu Ihrer Anfrage vom 02.05.2008 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele Träger boten im April 2008 in München „Integrationskurse" an (wahlweise bitte aktuellsten dokumentierbaren Stand angeben!)?

Antwort:
In der Anlage finden Sie die Liste der zugelassenen Sprachkursträger, die uns das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in deren Zuständigkeit die Finanzierung und Steuerung der Integrationskurse fällt, zur Verfügung gestellt hat (Stand 2007). Die Liste finden Sie auch unter *www.muenchen.de/interkult.* Die Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit hat sie als Serviceleistung für die Münchnerinnen und Münchner im Internet veröffentlicht. Wie viele dieser zugelassenen Träger derzeit tatsächlich Kurse laufen haben, entzieht sich mangels Zuständigkeit unserer Kenntnis.

Frage 2:
Wie viele Personen mit „Migrationshintergrund" haben seit Einführung des „Integrationskurses" im Jahre 2005 bei Münchner Trägerinstitutionen einen solchen Kurs absolviert?

Antwort:
Diese Daten entziehen sich mangels Zuständigkeit unserer Kenntnis.

Frage 3:
Wie hoch liegt der Anteil der Absolventen mit erfolgreichem Kursabschluss in München (bitte jahrweise angeben)?

Antwort:
Diese Daten entziehen sich mangels Zuständigkeit unserer Kenntnis.

Frage 4:
Wurden Effizienz und Qualität der von Münchner Trägerinstitutionen angebotenen Integrationskurse zwischen 2005 und 2008 speziell evaluiert, etwa analog zur Untersuchung von Integrationskursen durch die Beraterfirma Ramboll Management im Auftrag des Bundesinnenministeriums (Bericht liegt seit Januar 2007 vor)?

Antwort:
Mit der Ramböll Studie erfolgte eine bundesweite Evaluation der Kurse. Das Qualitätsniveau in München wie auch in anderen Städten wird darüber hinaus durch Prüfungen der Regionalkoordinatoren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und deren Kolleginnen und Kollegen sichergestellt.

Frage 5:
Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?

Antwort:
Die Ergebnisse der Ramböll Studie sind abrufbar unter *www.bamf.de/cln_011/nn_441806/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/Integrationskurse/Kurstraeger/Sonstiges/abschlussbericht evaluation __lP.html?__nnn=true*

Die Ergebnisse der Prüfungen durch die Regionalkoordinatoren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge liegen uns nicht vor.

Frage 6:
Mit welchen Summen wurden die von Münchner Trägerinstitutionen seit 2005 veranstalteten Integrationskurse bezuschusst – zugrunde gelegt die Tatsache, dass jede Stunde eines auf 645 Unterrichtsstunden angesetzten Integrationskurses nur in Höhe von einem (in Zahlen: 1) Euro vom Kursteilnehmer bezahlt werden muss, während der Rest vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übernommen wird (bitte jahrweise angeben)?

Antwort:
Die Finanzierung der Integrationskurse liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Der Landeshauptstadt München liegen die Zahlen nicht vor.

Frage 7:
Die Regelung zugrunde gelegt, dass Kursteilnehmer, die Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II beziehen, auch von den Restkosten in Höhe von 645 EUR befreit werden können – wie viele Teilnehmer an Integrationskursen in München machten von dieser Möglichkeit zwischen 2005 und 2008 Gebrauch? Welche zusätzlichen Kosten wurden infolgedessen von der öffentlichen Hand übernommen (bitte jahrweise angeben)?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 6.

Frage 8:
Zugrunde gelegt die Regelung, dass Teilnehmer an Integrationskursen, die Bezieher von Arbeitslosengeld II sind, auf Antrag die anfallenden Fahrtkosten erstattet erhalten – wie viele Teilnehmer an Integrationskursen in München machten von dieser Möglichkeit zwischen 2005 und 2008 Gebrauch? Welche zusätzlichen Kosten wurden infolgedessen von der öffentlichen Hand übernommen (bitte jahrweise angeben)?

Antwort:
Auch die Finanzierung der Fahrtkosten liegt in der alleinigen Zuständigkeit des Bundes. Der Landeshauptstadt München liegen keine Zahlen vor.

Die Anlage kann im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat" auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 23. Mai 2008

Flughafen München: Wachstumsziele überprüfen
Antrag Stadträtin Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, den 21.05.2008

Flughafen München: Wachstumsziele überprüfen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert:

1. die Ergebnisse der „Luftverkehrsstudie 2007: Im Steigflug in die Klimakatastrophe“ des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie, darzustellen und
2. aufzuzeigen, welche Konsequenzen sich für die Klimaschutzziele der Stadt und die Wachstumsziele des Flughafens München ergeben.
3. Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat der Flughafen GmbH aufgefordert, sich für die Einstellung der Planung für die 3. Startbahn einzusetzen.

Die vor kurzem vom Wuppertal Institut veröffentlichte „Luftverkehrsstudie 2007: Im Steigflug in die Klimakatastrophe“ weist nach, dass die klimaschädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs bisher unterschätzt worden sind. „Annähernd 8 % der Klimalasten Deutschlands“, so die Studie, entfallen auf den Luftverkehr – deutlich mehr als die 2 – 3 %, die von offizieller Seite stets als Beitrag des Flugverkehrs zum Treibhauseffekt genannt werden. Die hohen Wachstumsraten des Flugverkehrs werden diesen Trend noch verstärken. Bereits jetzt dürfte der Münchner Flughafen (unter Anwendung des RFI-Faktors von 2,7) mit ca. 10 Mio t CO_2-Äquivalent die größte einzelne Klimaschadquelle in Bayern sein.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, über die Vereinbarkeit des rasanten Wachstums des Münchner Flughafens und der Klimaschutzziele der Stadt München zu beraten. Hinsichtlich des Landschaftsverbrauchs sind auch die von der Studie aufgezeigten Reduktionspotentiale bei innerdeutschen Flügen von Interesse.

Fraktion
Bündnis90/Die Grünen - rosa liste
Initiative:
Lydia Dietrich, Stadträtin